

TRANSKRIPT

Von der Corona-Krise zur Gemeinwohl-Ökonomie

Gedanken zur und Lehren aus der Krise

Ein Vlog des Gemeinwohl-Ökonomen Christian Felber

Premiere, 20. März 2020

Liebe Mitmenschen in der Mit-Quarantäne! Dieser Blog ist mein persönlicher Beitrag zur Lösung der größeren Corona-Krise. Ich werde mich in unregelmäßigen Abständen mit Gedanken zur und Lehren aus der Krise zu Wort melden.

Hier in Wien ist seit Beginn der Woche das öffentliche Leben lahmgelegt. Die Pandemie hat auch meinen Terminkalender für die nächsten Monate leer gefegt. Deshalb wende ich mich in dieser viersicheren Form an euch.

Die erste Frage die mich und ganz viele andere Menschen auch bewegt ist die folgende:

1. Warum agieren die Regierungen demokratischer Länder bei anderen brennenden Gefahren nicht annähernd so klar und effektiv wie bei der Corona-Krise?

Warum wird die Wissenschaft, die vor anderen Gefahren in anderen Bereichen – Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt, explodierende Ungleichheit – nachdrücklich warnt, vor Gefahren für die Gesundheit und das Leben von Menschen nicht annähernd so ernst genommen? Die einzige ad hoc Erklärung, die mir plausibel erscheint, ist, dass die Lobbies in Fragen der Wirtschaftspolitik sehr viel besser aufgestellt sind als in Fragen der Gesundheitspolitik und dort gleich dringende und nötige Maßnahmen erfolgreich verhindern. Das erste Learning ist deshalb: Wenn der politische Wille vorhanden ist, ist in ganz kurzer Zeit ganz vieles möglich. Die Frage die sich anschließt ist: Warum ist der politische Wille das Weltklima zu stabilisieren, die Artenvielfalt und das Leben auf dem Planeten zu schützen nicht gegeben? Bei den globalen Umweltgefahren wird gerne mit aller rhetorischen Macht die Bürgerin und der Bürger vorgeschoben. Die Menschen seien angeblich nicht bereit zu härteren Maßnahmen. Diese Argumentation könnte gleich gut in der Corona-Krise verwendet werden. Die Schließung von Bars und Restaurants ist aus wissenschaftlicher Sicht zwar anzuraten, aber die Menschen sind nicht bereit zu diesen Maßnahmen. Die wollen auswärts essen gehen, eine Einschränkung ist politisch nicht machbar. Und Ausgangsbeschränkungen – um Himmels Willen – die wären ja ein direkter Eingriff in die Freiheit der Menschen und würden direkt in die totale Gesundheitsdiktatur und zum Ende der Demokratie führen. So argumentiert hier – bei Corona – aber niemand. Ist der Klimawandel aber tatsächlich um so viel harmloser als Corona? Und das Artensterben und die Übersäuerung der Weltmeere und die Verbreitung von Mikroplastik und die Agrarchemikalien und die explodierende Ungleichheit? Warum bleiben dieselben Staaten hier untätig, während sie bei Corona in kurzer Zeit alle Mittel mobilisieren um die Bevölkerung vor einer Gefahr zu schützen? Das erste Learning aus der Krise ist somit die Frage: Warum funktionieren unsere modereren Demokratien bei einer Gefahr so effektiv und bei anderen überhaupt nicht?

2. Kooperieren!

Das zweite Learning ist, dass die Menschheit mit fortschreitender Globalisierung auf verschiedenen Ebenen umso stärker auf Kooperation setzen muss statt auf Konkurrenz.

Der österreichische Bundeskanzler hat es gut zum Ausdruck gebracht: „In der Krise müssen die Menschen zusammenstehen.“ – und wurde kurz darauf von der Polizei für diese Aussage gerügt. Allen ernstes: Dieser Aussage ist zuzustimmen. Es fragt sich aber: Warum bisher nicht und

grundsätzlich? Spätestens wenn Menschen in der Krise sind und Hilfe benötigen, wissen sie zu schätzen, dass ihnen geholfen wird. Anstatt dass gesagt wird zynisch „jeder muss auf sich selbst achten – wenn jeder für sich selbst sorgt ist an alle gedacht – verbessere deine Wettbewerbsfähigkeit“. Dieser Grundsatz gilt für die individuelle Ebene gleichermaßen wie für die Staatenebene. Dazu zum Vergleich zwei Szenarien: Erstens, jedes Land versucht für sich selbst als erstes ein Medikament oder Impfung zu entwickeln. Zweitens, die Staatengemeinschaft, die Mitglieder der Weltgesundheitsorganisation, arbeiten gemeinsam an Lösungen, die dann allen gleichermaßen zu Gute kommen. Gerade Deutschland hat zweimal bewiesen, dass sich Konkurrenz nicht gut anfühlt. Zum einen mit der Verhängung eines vorübergehenden Exportstopps für medizinische Güter, von Handschuhen bis zu Schutzkleidung. Auch Frankreich hat von dieser Freiheit Gebrauch gemacht. Wenn alle so handeln, enden wir rasch in einer Welt voll lauter kleiner Trumps. Auch die Nachricht, dass ein deutsches Pharmaunternehmen erwogen hat, ein unmoralisches Angebot vom US-Präsidenten anzunehmen, zeigt, dass der Staat noch nicht in seine neue Rolle der Stärke gefunden hat. In Krisenzeiten müssen knappe Gesundheitsgüter der Allgemeinheit zu Gute kommen und nicht dem meistbietenden. Der Marktmechanismus ist hier unangebracht in der Bedeutung, dass die Kaufkraft entscheidet wer versorgt wird und wer unversorgt bleibt Gerade in der Krise muss sich Gesundheit als öffentliches Gut bewähren, die Entscheidungen müssen dem Gemeinwohl dienen und nicht den Patentinhaber*innen. Dazu fällt mir eine reale Geschichte ein: 1955 hat der Arzt Jonas Salk als erster ein Mittel gegen Kinderlähmung erfunden und der Allgemeinheit geschenkt, obwohl ihm Pharmaunternehmen vielen Millionen Dollar angeboten haben. Auf die Frage, warum er das getan hat, war seine Antwort: „Could you patent the sun?“

3. Lektion 3 ist Resilienz – Krisenfestigkeit oder Bestandsfähigkeit in der Krise

Nur vier Firmen stellen weltweit Penizilin her, ein sogenanntes „Grundnahrungsmittel“ der Medizin. Drei dieser Firmen sind in China, ein unschönes Beispiel für die grenzenlose Verwundbarkeit unserer global arbeitsteiligen Ökonomie.

Resilienz würde anders aussehen, nämlich dass dieses Grundnahrungsmittel in allen Regionen, dezentral, notfalls in Universitätslabors, hergestellt wird, um es allen Menschen zeitnah und sicher zur Verfügung stellen zu können. Auch wenn in einer Region eine Naturkatastrophe stattfindet, ein Regime-Wechsel oder eben eine neue Krankheit wie Corona ausbricht. Was für Penicillin gilt, gilt auch für unzählige andere Produkte und Komponenten in globalen Wertschöpfungsketten. Sowohl die exzessive globale Arbeitsteilung als auch das just-in-time Primat – beide dem kapitalistischen Effizienzverständnis geschuldet – haben die Resilienz der globalen Ökonomie radikal geschwächt. Die Lösung dürfte wie von vielen seit langem gefordert, in der stärkeren Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe liegen. Nicht alles muss lokal und „homemade“ erzeugt werden, aber der Nähe ist prinzipiell Vorrang einzuräumen. Wir nennen das „ökonomische Subsidiarität“: Ein anderes Beispiel für sinkende Resilienz ist die Landwirtschaft. Es steht die Ernte bevor und die wird von schlecht bezahlten Arbeitskräften aus Osteuropa und Nordafrika überwiegend verrichtet. Und die können demnächst nicht einreisen. Wer wird also unser Gemüse und unsere Feldfrüchte ernten? Eine resilientere Landwirtschaft würde lokale Arbeitskräfte für die lokale Produktion einstellen. Eine Krisenlösung würde also darin bestehen, den Primärsektor aufzuwerten und mehr Menschen dort Arbeit zu geben. Die Alternative sind leere Supermarktregale.

4. Damit sind wir bei der Wirtschaftskrise – Punkt 4

Obwohl wir noch in den ersten Tagen der Krise sind, macht sich die Krise auch in der Wirtschaft schon schlagartig bemerkbar. Die Arbeitslosenzahlen schießen in die Höhe. Die österreichische Regierung hat zuerst ein „Packerl“ von 4 Milliarden Euro geschnürt, wenige Tage später ein zweites Paket von 38 Milliarden Euro – fast ein Faktor 10 in wenigen Tagen. Und die Europäische

Zentralbank hat ein Programm im Ausmaß von 750 Milliarden Euro angekündigt. Das sind 6% der Wirtschaftsleistung der Europäischen Eurozone. Ich fürchte, dass all das nicht helfen wird. Der Grund: Wenn das aus gesundheitspolitischer Sicht verständliche Ziel erreicht wird, dass der Peak sehr flach ist, dann zieht es sich in die Länge. Und das ist Gift für die Konjunktur und die Wirtschaft. Worüber noch gar nicht gesprochen wird: Was wäre denn, angenommen, dass nur 1% der Bevölkerung in Österreich, Deutschland von der ersten Welle betroffen sein wird. In Österreich wären das 80.000 Personen, zum Vergleich aktuell sind 2.500 betroffen, in Deutschland 800.000. Nach dem Abebben der ersten Welle wären 99% der Bevölkerung in dieser Rechnung nicht immun gegen das Virus. Und das gleiche Szenario würde beginnen sich zu wiederholen. Bei diesem Gedanken verstehe ich, dass manche beten, dass das Virus sich bei steigenden Temperaturen freiwillig zurück zieht oder so rasch wie möglich ein Medikament gefunden wird oder eine Impfung. Eine Impfung wird realistischsterweise frühestens für Ende des Jahres in Aussicht gestellt. Müssen wir bis dahin unter Quarantäne bleiben? Der IFO Geschäftsklimaindex, das wichtigste Konjunkturbarometer für Deutschland, hat am 19. März den stärksten Rückgang seit 1991 verzeichnet. Das ist ein stärkerer Rückgang als nach der Finanzkrise 2008. Vieles deutet auf eine rasche und tiefe Rezession. Deshalb fürchte ich, dass die bisherigen Packerl und Päckchen nicht ausreichen werden.

5. Zentralbank

Sehr bald wird nach der Zentralbank gerufen werden.

Für mich ist das nur eine Frage der Zeit.

Denn die Mittel der Fiskalpolitik – mehr Steuer oder neue Schulden – werden sehr rasch nicht ausreichen. Die Zentralbank muss deshalb mit der Geldpolitik die Krisenmaßnahmen unterstützen. Die Zentralbank kann Geld schöpfen und auf diese Weise die Wirtschaft nähren und fördern. Zur Abwechslung sollten die Maßnahmen aber nicht wie nach 2008 systemrelevante Banken retten, und vielleicht auch noch Autofirmen, sondern diesmal die Menschen. Arbeitslose, Selbstständige, kleine Unternehmen – Bedürftige aller Art. Die Zentralbank ist einer der effektivsten Hebel der Wirtschafts- und Verteilungspolitik, und sie könnte erstmals systematisch zur Unterstützung der Bedürftigen eingesetzt werden. Um die Dimensionen klarer zu machen: Wenn die Wirtschaft eine Hilfe von 10, 20 oder 30 Prozent der Wirtschaftsleistung benötigen wird, wir sprechen von monatelangen Ausfällen, dann wird das Geld des Finanzministers sehr rasch nicht mehr reichen und er darf sich auch gar nicht in diesem Ausmaß verschulden. Hingegen wären 10, 20 oder 30 Prozent zusätzliche Aktivitäten der Zentralbank im Verhältnis der Wirtschaftsleistung machbar. Die Bilanzsumme der europäischen Zentralbank bewegt sich derzeit um die 40 Prozent der Wirtschaftsleistung der Eurozone, die der japanischen ist bei über 100 und auch die Schweizer Nationalbank war schon in diesen sehr viel größeren Höhen. Von daher könnte man sich eine Ausweitung der Aktivitäten der Europäischen Zentralbank und damit auch der Geldmenge, um zum Beispiel 20 Prozent der Wirtschaftsleistung, vorstellen. Vor allem würde das ja nicht zu einer Inflation führen. Wenn sich nämlich die Zentralbank in der Krise engagiert, dann würde das ja nicht dazu führen, dass die Wirtschaftsleistung und die Nachfrage im Vergleich zum Vorjahr erhöht würde, das wäre eine reale Inflationsgefahr, sondern im allerbesten Fall würde die Zentralbank es gemeinsam mit der Budget- und Steuerpolitik schaffen, die Konjunktur auf gleichem Niveau zu stabilisieren. Es geht primär darum, eine Rezession und vielleicht sogar den Kollaps der Ökonomie zu verhindern. Das heißt worum es sehr bald gehen wird, ist die Abwehr von Deflation.

6. Bedingungsloses Grundeinkommen

Der Gedanke, dass zur Abwechslung den Menschen in Not geholfen werden könnte, führt fast selbst zur Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Vielleicht hat es Corona bedurft, um hier eine Wende einzuläuten. Ähnlich wie es Fukushima bedurfte, um eine Wende in der

Atompolitik einzuläuten. Zur Ausgestaltung eines Bedingungslosen Grundeinkommens mithilfe der Zentralbank habe ich eine Idee, die etwas komplexer ist, weshalb ich sie voraussichtlich in einem der nächsten Videos ausführlicher vorstellen werde. Nur so viel vorweg: Wenn die demokratische Zentralbank oder Monetative den Bürgerinnen und Bürgern ein Grundeinkommen zur Verfügung stellt, könnte dieses gleichermaßen wieder schwinden so wie es geschöpft wird. Um damit zwei Probleme des bisherigen Geldsystems gemeinsam zu lösen, nämlich die Gefahr der Inflation und der Vermögenskonzentration. Genauer dazu aber in einem meiner nächsten Videos.

7. Freiheit

Zum Schluss noch einmal zurück an den Anfang und zum Thema Freiheit. Mit welchen Gründen darf der Staat die Freiheit der Menschen einschränken? Gestern wurde ich in Wien von Polizeiwagen mit Lautsprechern zum Verlassen einer öffentlichen Parkanlage aufgefordert. „Das Betreten des öffentlichen Raums ist grundsätzlich verboten“ wurden wir informiert. Davon würde ich eine Reihe von Ausnahmen machen, und zum Glück gibt es sie auch noch. Aber ich frage mich schon, warum der Staat zum Beispiel beim Befüllen des öffentlichen Raumes mit Treibhausgasen nicht mit ähnlicher Strenge vorgeht? Oder ein anderes Beispiel: Beim Betreten des öffentlichen Raumes durch Werbung. Täglich werden wir – Kinder wie Erwachsene – mit hunderten von Werbespots unfreiwillig geflutet. Dieser Terror durch Werbung dient aber weder der Gesundheit noch der Nachhaltigkeit und schon gar nicht der Freiheit. Ich möchte selbst spüren, was ich brauche, und nicht vom Zentralkomitee der kapitalistischen Konzerne täglich tausend Kaufoptionen aufgenötigt bekommen. Um uns nicht misszuverstehen: Es geht hier nicht prinzipiell um die Frage, ob der Staat Freiheiten einschränken darf, aber sehr wohl darum, bei welchen Gefahren, in welchem Ausmaß, und in Abwägung mit welchen anderen Freiheiten und Rechten. Und es ist schon sehr seltsam, dass demokratische Staaten im Namen der öffentlichen Gesundheit so plötzlich zu so radikalen Freiheitsbeschränkungen bereit sind, während sie gleichzeitig eintausend Gründe wissen, warum eine ähnliche Gangart zum Schutz des Weltklimas oder der Bienen oder zukünftiger Generationen nicht möglich ist.

Das waren meine ersten Gedanken zur Corona-Krise und was wir aus ihr lernen können. Ich melde mich wieder mit neuen und weitergereiften Gedanken.